

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 30 (1951)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Die politische Seite der gegenwärtigen Frauenstimmrechts-Aktion  
**Autor:** Moor, Emmy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336567>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 30.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## *Die politische Seite der gegenwärtigen Frauenstimmrechts-Aktion*

Um die Chancen des Frauenstimmrechts bei uns abzuwägen, kann man der Tiefenpsychologie nicht völlig entraten, wie Nationalrat Oeri bewiesen hat, als er witzig feststellte, der Neinsager «liegt hier in unserer Männerbrust». Aber wenn es nun auch stimmt, daß nicht nur die Männerbrust, sondern die Menschenbrust überhaupt in gewissen Tiefenschichten ihres Wesens keinerlei Vernunftsgründen zugänglich ist, so hält uns doch nichts davon ab, wenigstens «die oberen Stockwerke» so gut und so hell wie möglich einzurichten und hier so viel Vernunft, als es geht, hineinzulassen. Beim Frauenstimmrecht geschieht das am besten, indem man es von seiner politischen Seite her betrachtet.

Das Frauenstimmrecht hat in den kantonalen Abstimmungen große Niederlagen erlitten. Politisch gesehen, hat es also das genau gleiche Schicksal erlebt, wie alle neuen großen politischen oder sozialen Forderungen. Auch die Kämpfe um den Achtstundentag, um den Wahlproporz, um die Kriseninitiative, um die Alters- und Hinterbliebenenversicherung erlebten ihre bösen Niederlagen. Diese Niederlagen haben unserer Partei nicht geschadet. Sie ist in diesen Kämpfen erst groß geworden. Und heute sind jene Niederlagen längst vergessen und jene Forderungen erfüllt. Das Frauenstimmrecht ist in den Abstimmungen der Nachkriegszeit zum erstenmal in der Arena eines schonungslosen Abstimmungskampfes gestanden. Unsere Chancen standen schlechter als die Chancen jeder andern Abstimmung, denn die Frauen sind keine selbständige politische Macht, und außerdem konnten sie nicht selber an der Abstimmung teilnehmen. Aber auch diese Niederlagen waren nicht umsonst. Erst durch sie, das heißt erst durch den politischen Kampf, hat das Frauenstimmrecht in der Öffentlichkeit Boden gewonnen. Es vergeht kein Tag, an dem es nicht in einem Ratssaal, in einer Tagung, in einem Vortrag, in der Presse, im Radio oder in privaten Gesprächen zur Diskussion steht. Auch seine Gegner können nicht anders als mit seinem Kommen zu rechnen, nur möchten sie dieses Kommen so lange wie möglich hinauschieben. Zwei große objektive Helfer drängen jedoch die Entwicklung vorwärts: Zeitgeschehen und Technik.

Eine Zeit, in der der Weltfriede erneut derart gefährdet ist, erzieht Männer und Frauen zwangsläufig, über ihre eigenen vier Wände hinaus zu den-

ken. Und eine kaum geringere Rolle hat die technische Entwicklung bei dieser politischen Erziehung gespielt. Die letzten großen Wahlen in Belgien, England, Deutschland und Österreich haben gezeigt, daß die Frauenwählerinnen das Resultat im ganzen nur quantitativ veränderten, daß also die Frauen im großen und ganzen nicht anders wählten als die Männer. Das ist nicht nur das Resultat der harten Lehren des Krieges, sondern vielleicht nicht minder eine Folge der modernen technischen Propagandamittel, deren sich heute jedes Land bedient. Dazu gehört in erster Linie das Radio. Die Frauen hören heute zu Hause über alle wichtigen Ereignisse und Kämpfe der internationalen und der nationalen Politik, von denen sie früher nie etwas erfahren hätten, wenn sie sich nicht selber in eine Versammlung bemüht oder in den politischen Teil der Zeitungen vertieft hätten. Durch die langen Kriegsjahre sind sie auch gewöhnt worden, auf diese politischen Nachrichten und Kommentare zu achten. Dadurch sind heute die Frauen im allgemeinen politisch nicht schlechter und nicht besser orientiert als die große Masse der Männer. Die politische Reife — oder auch Unreife — der Männer und Frauen hat sich dank den modernen Publizitäts- und Propagandamitteln *angeglichen*. Es liegt also kein Grund mehr vor, aus Angst vor einem politischen Erdbeben den Frauen das Stimm- und Wahlrecht zu verweigern. Die Frauen reagieren getreulich wie der Zeitgeist reagiert. Und wenn sie falsch reagieren, so reagieren sie im ganzen nicht falscher als der Durchschnitt der männlichen Wähler. Dieser Entwicklung heißt es heute Rechnung tragen.

Nun hat bekanntlich der Bundesrat in seiner Antwort auf das abgeänderte Postulat von Roten und auf die neue Eingabe des Frauenstimmrechtsverbandes eine kleine Tür geöffnet, um auf schweizerischem Boden eine Vorlage zur Einführung des Frauenstimmrechts zu ermöglichen. Die Einzelheiten sind bekannt. Der schweizerische Frauenstimmrechtsverband wollte einen ersten sofortigen Schritt erreichen, indem er vorgeschlagen hat, mit einer bloßen Gesetzesergänzung, die keine Volksabstimmung nötig hätte, den Frauen bei eidgenössischen Abstimmungen (nicht bei Wahlen) das Stimmrecht einzuräumen. Der Bundesrat hält jedoch daran fest, daß das Frauenstimmrecht nur durch eine Revision der Bundesverfassung eingeführt werden könne, ist aber der Meinung, daß dafür die bloße Teilrevision eines einzigen Artikels (Artikel 4), genügen würde und erklärt schließlich, nach einem widerspruchsvollen Für und Wider, daß nichts einer Lösung entgegenstehe, wonach die eidgenössischen Räte ihm den Auftrag erteilten, eine solche Vorlage auszuarbeiten. Dieser Vorschlag hat dem Antrag des Frauenstimmrechtsverbandes gegenüber den Vorteil, daß durch die Revision des fraglichen Verfassungsartikels in einer sauberen und glatten Lösung das integrale Frauen-

stimmrecht in eidgenössischen Angelegenheiten verwirklicht werden könnte. Andererseits enthält die bundesrätliche Stellungnahme das Risiko des Volksentscheides. Ja, viele fürchten, daß der Bundesrat, statt selber einen ersten fortschrittlichen Schritt zu wagen und dem Volk damit die Notwendigkeit des Frauenstimmrechts zu beweisen, die Entscheidung von sich wegschiebe. Die bundesrätliche Stellungnahme wird sich auch den Einwand gefallen lassen müssen, daß die Bundesverfassung auch schon verletzt worden ist, wo nicht ein Fortschritt, sondern eine schwere Beschränkung verfassungsmäßiger Rechte in Frage gestanden ist, ohne daß Bundesrat oder Bundesgericht eingeschritten wären — damals nämlich, als die verfassungsmäßig garantierte Niederlassungsfreiheit von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde für die Armen, die Arbeitslosen, die Alten und die Obdachlosen aufgehoben worden ist. Hier, vor den mächtigen Kirchturmsinteressen, blieben die Bedenken der Staatsrechtler völlig wirkungslos. So war es naheliegend, daß sich die Frauen sagten, es verlohne sich wohl, einmal auch einen grundlegenden Fortschritt staatsbürgerlicher *Rechte* auf bloßem Gesetzeswege einzuführen. Das integrale Frauenstimmrecht möge nachher immer noch den Weg des Volksentscheides gehen.

Dennoch scheint mir persönlich ein allseitig vereinter Vorstoß für die Teilrevision zugunsten des integralen Frauenstimmrechtes der geradeste und beste Weg. Wohl ist die Volksabstimmung eine schwere Belastungsprobe. Aber angesichts des Weltgeschehens und der Stellung der Frau in der ganzen übrigen Welt wird allgemach auch die Mehrheit der Schweizer Stimmbürger für diese Belastungsprobe reif geworden sein. Nach und nach muß auch dem Schweizer beim Vergleich mit der ganzen übrigen Welt unser Rückstand auf diesem Gebiet peinlich werden. Unser Land würde ja geistig mit der Zeit völlig erstarren und verkümmern und in eine immer verhängnisvollere Isolation hineingeraten, wenn es dauernd im Gegensatz zu allen andern Ländern die größere Hälfte seines Volkes von den politischen Rechten ausgeschaltet halten wollte. Wenn bis heute diese Auffassung noch nicht durchgedrungen ist, so ausschließlich aus eben dem verhängnisvollen «Gefühlskomplex» in der Männerbrust, der das Frauenstimmrecht immer noch losgelöst von seinem Zusammenhang mit der übrigen politischen Entwicklung wie einen persönlichen Angriff auf seine eigene Position in Staat und Privatleben empfindet. Fast wichtiger noch als das, was unsere Parlamentsfraktion gegenüber der bundesrätlichen Antwort für das Frauenstimmrecht in den Räten unternehmen wird, ist darum unzweifelhaft eine endliche saubere, nüchterne Auseinandersetzung des ganzen Problems unter den Parteigenossen und -genossinnen. Erst so werden wir zur Ursache des fraglichen «Komplexes» kommen,

der vor allem darin liegt, daß bei uns, allen schönen Ausnahmen zum Trotz, noch kein wirkliches Teamwork zwischen Genossen und Genossinnen besteht, wie es seit Jahrzehnten schon in England, Österreich oder auch in Rußland in der politischen Arbeit vorhanden ist. Hier haben wir etwas nachzuholen, das auch zur Voraussetzung eines neuen sozialistischen Menschen gehört. Durch eine solche Auseinandersetzung wird auch erst der wirkliche politische Aspekt des Frauenstimmrechts geklärt. Heute, da die ungeheure Entwicklung der Technik und des Verkehrs schon Grenzen, Nationen und Einzelinteressen zu einer Gefahr für Weltsicherheit, Welternährung und Weltprosperität machen und Wirtschaft, Sicherheit und Frieden immer mehr einer Organisation im Weltmaßstab bedürfen, kommen auch der schweizerische Sozialist und die schweizerische Sozialistin nicht um eine denkerische Entwicklung herum, wenn unsere Partei Zukunftspartei bleiben will. Die Probleme wachsen dem Parteigenossen über den Kopf, er empfindet ein Malaise ihnen gegenüber, wenn er im kleinbürgerlichen Denken belassen wird. Aus einem Kleinbürger wird nie ein Weltbürger werden. Darum ist der heutige Stand des Frauenstimmrechts in der Schweiz nicht einfach eine Zwängerei unserer Männer, sondern ein Symptom, daß die ganze politische Denkart von einer gewissen Erstarrung nicht frei ist, die wir sprengen und beseitigen müssen, um als Partei und als Einzelmensch unserer komplizierten, entscheidenden Zeit gewachsen zu sein.

J. W. BRÜGEL

## *Gefahrenherd Südafrika*

Die Brutalität, mit der die Regierung Malan ihre Herrenvolkideologie in die Tat umzusetzen sucht, hat die Aufmerksamkeit der übrigen Welt auf die Probleme Südafrikas gelenkt. Es wäre aber verfehlt, anzunehmen, daß das, was den Widerspruch aller jener findet, für die Menschenrecht und Menschenwürde keine hohlen Schlagworte sind, erst seit den Tagen datiert, da in der Südafrikanischen Union mit knapper Mehrheit ein rassistisch-reaktionäres Regime ans Ruder kam. Zumindest in den beiden südafrikanischen Problemen, deren Natur ihre Verhandlung vor einem internationalen Forum ermöglicht, klafft seit der Begründung der Vereinten Nationen im Jahre 1945 ein Gegensatz zwischen der jeweiligen Regierung Südafrikas und der Mehrheit der Vereinten Nationen, deren Entscheidungen zu mißachten